

# **REALISIERUNG VON UTOPIEN: DIE GRÜNEN “ANTI PARTEI-PARTEI”**

Die Entstehung und Entwicklung einer europaweiten verbreiteten Bewegung

**Arş. Gör. Hasan MOR\***

## **1. EINLEITUNG**

Die hier vorliegende Arbeit hat die Aufgabe zu untersuchen, welche politische, gesellschaftliche und ethische Faktoren es waren, die dazu führten, daß eine Partei, wie die GRÜNEN gegründet werden konnte.

Es wird der Versuch unternommen, auf die geistigen Wurzeln der Bewegungen, die wesentliche Quelle und spätere Stützen der Partei sind, einzugehen.

Weiterhin wird erforscht, wie es dazu kam, daß die bestehende politische Parteienlandschaft ihrem Auftrag, als Vermittlungsapparat das Gesellschaftliche in das Politische zu transformieren, nicht gerecht werden konnte, und diese durch den vollzogenen Wertwandel bedingte neue und ungewöhnliche Forderungen ins politische System einzugliedern versuchte.

Weiterhin gilt es zu untersuchen, wie die unterschiedlichen Bürgerinitiativen in Form von Umwelt-, Ökologie-, Friedens-, Frauen-, Jugend-, Hausbesetzer-, Selbsthilfe-, Antiatomkraft- und studentische Protestbewegungen sich dazu durchdringen konnten eine solche Partei mit der in der Arbeit beschriebenen Programmatik zu gründen und sie später mit zu tragen. Des weiteren wird auf die Problematik der Ausgangslogik bei der Gründung der Partei eingegangen, auf die Erfahrungen der letzten Jahren und die sich daraus ergebenden Spannungen und Zerreißproben, denen die GRÜNEN ständig ausgesetzt sind.

In der abschließenden Beurteilung wird Bilanz gezogen darüber, ob und inwieweit die sog. "Anti Partei-Partei" für die politische Landschaft eine Bereicherung darstellt, etwas bewirkt hat und sich sogar überflüssig gemacht haben konnte, mit welchen inneren und äußeren Konflikten zu leben ist.

---

\* Selçuk Üniversitesi Hukuk Fakültesi Devletler Umumi Hukuku Bilim Dalı

## **2. DIE ENTSTEHUNG DER GRÜNEN**

### **2.1. Geistige Wurzeln der GRÜNEN-Bewegung**

Die heutigen GRÜNEN speisen sich aus drei politischen Strömungen.

- APO der 60er Jahre
- Bürgerinitiativen aller Art
- Friedensbewegungen<sup>1</sup>.

Die neue Betrachtung, daß die Menschen auf die Probleme reagieren, worauf sie früher nicht reagiert haben, hat natürlich ihre Ursachen. Einige Erklärungen dieser Ursachen:

In der westlichen Industriegesellschaft wird besonders seit Ende der 70er Jahre ein Gegensatz sichtbar zwischen denen, die in traditionellen Formen leben, arbeiten und Politik machen und jenen, die in selbstorganisierten Projekten neue Lösungsansätze suchen und unkonventionelle Formen von Politik präferieren. Die Wissenschaftler sprechen von "zwei Realitäten", die sich in zunehmender Konfrontation gegenüberstehen.

Die eine Realität umfaßt den einfachen Konsumenten mit wenig schulischer Bildung und die andere den engagierten Menschen mit akademischen Berufen.

Die neuen sozialen Bewegungen - sichtbarer Ausdruck dieser zweiten Realität - finden ihre parlamentarische Vertretung in der Partei "DIE GRÜNEN".

Ein großer Zulauf bekommen der Erklärungsansatz für diese neue Weltanschauung und die als Folge entstehende neue soziale Bewegung - die Wertwandeltheorie.

Nach dem Übergang von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft haben sich auch die Wertstrukturen verändert: Die "Materiellen" Werte werden zunehmend durch "Postmaterielle" ersetzt<sup>2</sup>. Werte wie soziale Sicherheit, Wirtschaftswachstum, Disziplin, Treue, Gehorsam und Unterordnung sind Orientierungen wie Selbstverwirklichung, Emanzipation, Ungebundenheit, Gleichheit, Selbsthilfe und Selbstorganisation gewichen. Die Ursachen für diesen Wertwandel in der BRD sind:

---

<sup>1</sup> Olzog, Gunter; Liese, Hans-J., Die Politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, München 1988 S.134.

<sup>2</sup> Für eine ausführliche Information siehe Hillmann, Karl-Heinz, Wertwandel, Darmstadt 1989, S. 241.

- Die von den Sozialdemokraten initiierte Öffnung des Bildungswesens, das mit den kleinbürgerlichen Lebensidealen der Eltern nicht übereinstimmt.

- Der Konsumdruck und die zunehmende Bedeutung der Werbung geben keinen Anlaß zu den alten Selbstbeschränkungen und Bescheidenheitsnormen.

- Der Sozialstaat wurde zu einem Legitimations- und Forderungsinstrument von Selbstentfaltungswerten<sup>3</sup>.

Die Postmaterialisten sind nach Ronald Inglehart, der ein Pionier der international vergleichenden Werteforschung ist, jene Bevölkerungsgruppen, die in aller Regel aus den Mittelschichten stammen und ein hohes Bildungsniveau haben, deren Kindheit und Jugend in die Prosperität der Nachkriegs-geschichte fiel<sup>4</sup>. Diese kann man in allen hochentwickelten Industriegesellschaften antreffen.

Der Postmaterialismus ist ein sukzessiv alle Bevölkerungsschichten ergreifendes Wertmuster, das nicht auf ein Jugendphänomen reduziert werden kann. Es ist auch falsch zu behaupten, Postmaterialisten seien gegen den Wohlstand. Sie sind nur gegen dessen industriell-warenformige Ausprägung<sup>5</sup>.

Die Wissenschaftler sind sich darüber einig, daß in den Industriegesellschaften ein "Wertwandel" erlebt wird. Über die Ursachen des Phänomens gibt es jedoch keine Übereinstimmung. In der Literatur wird noch eine Reihe anderer Faktoren und Determinanten für krisenhafte Situation und das Entstehen neuer sozialer Bewegungen genannt.

-Die Industrialisierung des Reproduktionsbereiches und Entstehen eines sozial-industriellen Komplexes: die Sozialindustrie, die Freizeitindustrie und die Sicherheitsindustrie sind Wachstumsbranchen<sup>6</sup>.

-Die Spaltung der Gesellschaft in einem "produktiven Leistungskern" und in "marginalisierte Gruppen - ein Prozeß, der sich unter den Krisenbedingungen der Weltwirtschaft noch verschärft. Diese Gesellschaftsdiagnose ist von "progressiver" Seite unter dem Stichwort "Disparitätentheorie" von konservativer Seite mit dem Terminus "Neue soziale Frage" in die Diskussion gebracht worden<sup>7</sup>.

---

<sup>3</sup> vgl. Weinberger, Marie-Luise, Aufbruch zu neuen Ufern? Grüne Alternative zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bonn 1984, S.15.

<sup>4</sup> vgl. Hillmann, Karl-Heinz, Wertwandel, a.a.O., S.148.

<sup>5</sup> vgl. Weinberger, Marie-Luise, Aufbruch zu neuen Ufern? a.a.O., S.13

<sup>6</sup> vgl. Huber, Josef, Die verlorene Unschuld der Ökologie, Frankfurt 1982, S.125 ff.

<sup>7</sup> vgl. Geißler, Heiner, Die neue soziale Frage und die Zukunft der Demokratie, München 1977, S.175.

-Zunehmende Marginalisierung der Arbeiterklasse durch die Automatisierung der Produktion; Herausbildung einer "NichtKlasse" des nachindustriellen Proletariats <sup>8</sup>.

-Eine kulturelle Erschütterung des Fortschrittsglaubens und die Infragestellung des "Projekts der Moderne".

Doch auch das politisch-administrative System und seine Institutionen sind zunehmend überfordert, die Krisenerscheinung gleich anzugehen:

"Das Parteien-Parlament hat ganz zweifellos mit Struktur- und Funktionsschwächen der ausschließlich parteivermittelten Meinungs- und Bedürfnisrepräsentation zu tun. Zwar ist es ganz unzweifelhaft nicht nur von Nachteil, daß die Parteien auch als Filter wirken und verhindern, daß jeder denkbare Konflikt politisch virulent wird."<sup>9</sup>

Konflikte abzumildern, zu dämpfen, ja gelegentlich auch Widersprüche zu absorbieren, um sie politisch "handelbar" zu machen, gehört ganz selbstverständlich zu den Kernfunktionen jedes funktionierenden Parteiensystems.

Die Bündelung von Emotionen, Meinungen und Interessen nebst den vielfältigen Prozessen politischer Willensvereinheitlichung gehen zwangsläufig auf Kosten realer Vielfalt und Unterschiedenheit. Aber sie sind ganz unverzichtbar, wenn mit Mehrheit entschieden werden soll. Diese unverzichtbare Mitwirkung der Parteien am Zustandekommen politischen Willens, wie sie auch das Grundgesetz im Artikel 21, Abs. 1 ausdrücklich vorsieht, hat sich in der Praxis jedoch längst zu einem faktischen Monopol auf Willensbildung ausgewachsen. Die enge wirkungspolitische Verzahnung von Parteien, Staatsapparat und wirtschaftlichen Großverbänden hat eine "Verapparatur"<sup>10</sup> der Parteien bewirkt und das partizipationsfeindliche Klima sorgsam gehüteter machtpolitischer Geschlossenheit gegenüber allen schwer kalkulierbaren Einflüssen "von unten" begünstigt. Dabei sind die Parteien ja durchaus, in einem sehr weiten Sinn, einmal als "Bürgerinitiativen" entstanden.

Sie sind herkunftsmäßig allesamt mehr Bürger- und Gesellschaftsorgane als Säulen hoheitlicher Staatlichkeit.

Sollte es tatsächlich nicht möglich sein, auch die Umweltproblematik im Rahmen des programmatisch ja durchaus flexiblen (Volks-)Parteiensystems zu integrieren und parteipolitisch abzudecken. Wäre es nicht aus der Augenperspektive des parlamentarischen Regierungssystems und unter

---

<sup>8</sup> vgl. Gorz, Andre, Abschied vom Proletariat, München 1980, S.160 ff.

<sup>9</sup> zit. Guggenberger, Bernd, Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie, Stuttgart 1980, S.73.

<sup>10</sup> Guggenberger, Bernd, a.a.O., S.74

Berücksichtigung der Voraussetzungen, welche erfüllt sein müssen, damit es seine Vorzüge entfalten kann, das Beste, es gelänge den Bürgerinitiativen, die Lernfähigkeit, die bestehenden Parteien zu stimulieren, damit diese imstande waren, von sich aus die Umweltbelange konsequent mitzuvertreten?

Die Bürgerinitiativbewegung ist von der reinen Establishmentpolitik genauso weit entfernt wie vom Klassenkampf. Es stünde also, zumindest prinzipiell einer formlichen Mit-Vertretung eines Großteils ihrer Anliegen, im Rahmen einer der bestehenden Parteien nichts im Wege. Vom Grundsatz her besteht hierin auch zwischen Regierungs- und Oppositionspartei/en keine entscheidende Differenz. Alle drei im Bundestag vertretenen Parteien sind grundsätzlich in der Lage, sich programmatisch wie handlungspragmatisch an Umweltschutzgesichtspunkten zu orientieren. Dies beweisen, nicht zuletzt die vorliegenden Parteiprogramme nebst den diversen gesetzgeberischen Bemühungen in Bund und Ländern seit 1969. Aber sind die Volksparteien auch willens und aufgrund ihrer Aktions- und Mitgliederstruktur (die Gewerkschaften auf seiten der SPD, der Unternehmerflügel auf seiten der CDU/CSU) in der Lage, eine politische Wende herbeizuführen d.h. den Wertwandel, welcher sich quer durch die Bevölkerung (und in ersten Ansätzen auch schon quer durch die Parteien) vollzogen hat, in Konkurrenz mit den etablierten Interessen und Wertorientierungen parteipolitisch zu organisieren und zu artikulieren?

Man darf dies mit Recht bezweifeln. Zwar sind die etablierten Parteien ihrer inneren Struktur nach ebenfalls allesamt mehr oder weniger lockere Koalitionen. Sie verfügen über ein sehr "breites" notgedrungen jedoch eher vages Programmspektrum, d.h. die Interessen, welche sie vertreten, liegen künftig sehr weit auseinander bzw. sind überhaupt nicht wirklich kompatibel. Dies ist auch der Hauptgrund für die schwach entwickelte Diskussions- und Problemerkörungs-"Kultur" in den etablierten Parteien.

Es sind weder nur Kapitalistische Interessenbefangenheit, noch allein "opportunistische Problemignoranz", welche die Volksparteien davon abhalten, in ihren eigenen Reihen die großen Zukunftsthemen des Wachstums, der Energieversorgung, der Bürokratierreform, der Entwicklungshilfe u.a. zu erörtern<sup>11</sup>.

Fast immer zieht man es vor, sich ohne konsequente Problemerkörung auf der Ebene des kleinsten gemeinsamen Nenners zu treffen; dies einfach deshalb, weil eine politisch folgenreiche Auseinandersetzung mit solchen Fragen die Integrationsfähigkeit der Parteien überfordern würden<sup>12</sup>. Anders als durch Ausklammern, so scheint es, vermag in Fragen weitreichender

---

<sup>11</sup> Guggenberger, Bernd, a.a.O., S.82.

<sup>12</sup> vgl. Krochow, C.Graf, Genügen drei Parteien? in: APuZ (1877), B 31, S.36.

Zukunftsbedeutung in den Volksparteien keine "Geschlossenheit" mehr zu erzielen. Die parteipolitische und auch die staatspolitische Handlungsfähigkeit werden von Fall zu Fall gerade durch Nicht-Entscheiden gelegentlich auch durch die machtopportunistisch motivierte Errichtung von Frage und Erörterungsverboten bewahrt oder besser: über die Runden gerettet.

Es würde also, nach dieser gedanklichen Versuchsanordnung, die Integrationskraft der von Machterwagungen und Vermeidungsimperativen bestimmten Volksparteien überfordern, wollten sie die "neuen Werte" offensiv, kontinuierlich und konzeptionell vertreten. Es wird demnach nicht als sehr wahrscheinlich gelten können, daß es gelingt, die Alternativen, um die es geht, im Rahmen des übereinkommenden Parteiensystems angemessen zur Geltung zu bringen. Dies ist nicht in erster Linie ein Problem mangelnder programmatischer Reichweite; es ist vielmehr ein Problem der über den Typus der Volkspartei vermittelten Willensbildungsstruktur. Das Neue läßt sich im Rahmen der überkommenen Willensbildungsstruktur nicht ausdrücken. Die aktuelle politische Situation ist ja gerade von der Besonderheit gekennzeichnet, daß der neue Fundamentalkonflikt längst gesellschaftlich virulent ist, politisch, d.h. in Parlament und Parteien, aber eigentümlich "sprachlos" bleibt. Die Bürgerinitiativen stellen, nach ihrer Struktur wie nach ihrer Funktion, Formationen des Willensbildungssystems dar, welche diese strukturelle Ungleichzeitigkeit, diesen "Strukturbruch" zwischen gesellschaftlicher Bedürfnisartikulation und politischer "Bearbeitung" zu vermittein trachten<sup>13</sup>. Das anhaltende Ungleichgewicht zwischen gesellschaftlicher und staatlich-politischer Problemrepräsentation ist über die stimmen-maximierenden "Allerweltparteien" nicht auszugleichen. Eine Umweltpartei, wie die GRÜNEN, mit breiter politischer Vorfeldverankerung und einem starken außerparteilichen und außerparlamentarischen Arm konnte diese Lücke durch ihren Beitrag zur Rekonstruktion einer politischen Öffentlichkeit u.U. also eher schließen<sup>14</sup>.

## 2.2. Auf dem Weg zur Grünen Partei

Wie bereits oben erwähnt, bestehen die GRÜNEN aus folgenden drei Strömungen, der APO der 60er Jahre, Bürgerinitiativen aller Art und der Friedensbewegung.

Der Unterschied der Parteien zu diesen - wie allen übrigen Interessengruppen liegt darin, daß die Parteien nicht nur ein bestimmtes Interesse vertreten, sondern das Gesamtinteresse der Gesellschaft bzw. des Staates und daß es ihre Aufgabe ist, als staatstragende Parteien zwischen den

---

<sup>13</sup> zit. Guggenburger, Bernd, Bürgerinitiativen in der Parteidemokratie, a.a.O., S.83.

<sup>14</sup> ebd., S.83.

verschiedenen Interessengruppen zu vermitteln und einen Ordnungsrahmen zu schaffen, in dem der berechtigte Konflikt der Eigeninteressen zu einem notwendigen Konsens im Sinne des Gemeinwohls finden kann.

Daß die Parteien diese ordnungspolitische Funktion nicht immer voll erfüllten, wird ihnen z.B. von den Bürgerinitiativen vorgeworfen. Mit den Vorgängen um Wyhl im Jahre 1975 drängt das, an konkreten Problemen aktualisierte bürgerliche Bewußtsein mit Macht an die politische Oberfläche. Das Erwachen dieses politischen Bewußtseins der Bürger verlief in drei Stufen<sup>15</sup>.

1. Entstehung von Bürgerinitiativen
2. Auftreten von Wahlgemeinschaften bei den Landtagswahlen
3. Gründung von Protestparteien.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, kurz auf die Entstehung der GRÜNEN zurückzublicken und einige Daten und Fakten über die Entstehung der GRÜNEN zu beobachten. Die Idee, eine neue Partei zu gründen, erwächst immer aus der Unzufriedenheit mit den bestehenden Parteien. Stellvertretend für viele in der Bürgerinitiativbewegung artikulierte 1978 der damalige Vorsitzende der BBU, Hans Günter Schumacher, die Unzufriedenheit über eine bürgerferne "Politik von Oben":

"Der Verfassungsauftrag der Parteien, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, wurde verfälscht. Aus "Mitwirken" wurde in vielen Fällen Machtanspruch und politisches Monopoldenken. Die so häufig in den Vordergrund gestellte Bürgernähe entpuppte sich bei näherem Hinsehen als Bürgerferne, ja als Bevormundung des Bürgers, durch eine übermächtige Funktionärsclique und Bürokratien<sup>16</sup>. Dann zitiert Schumacher aus einem "Alternativen Arbeitspapier" BBU zur Energiepolitik, wo es heißt: "Die Verantwortung für die politische Entwicklung in unserem Land obliegt den demokratischen Parteien. An sie ist die ernsthafte Frage gestellt, ob sie noch imstande sind, auch gegen massive wirtschaftliche Gruppeninteressen die Lebens- und Überlebensbedingungen des ganzen Volkes und unseren Nachkommen durchzusetzen und zu gewährleisten. Nur dann erfüllen sie den von der Verfassung erteilten Auftrag. Sollten sie dazu jedoch nicht mehr in der Lage sein - und eine derartige Entwicklung scheint sich derzeit anzubahnen - werden sich die Bürgerinitiativen zusammen mit den anderen Natur-Umwelt-

---

<sup>15</sup> vgl. Olzog, Gunter; Liese, Hans-J., Die Politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S.135.

<sup>16</sup> Schumacher, Hans G., Verhältnis des Bundesverbandes des Bürgerinitiativen Umweltschutzes zu den Umweltparteien, in: R.Brun, S.64.

und Lebensschutzverbänden, die für dieses allgemeine Lebens- und Überlebensinteresse eintreten, andere Möglichkeiten der politischen Präsenz und Durchsetzbarkeit einfallen lassen.

Es ist ein unerträglicher Zustand, daß nach den bereits gefallenem und noch zu erwartenden Entscheidungen der im Bundestag vertretenen Parteien die Meinung von vielen Millionen Bürgern in unseren Parlamenten nicht mehr repräsentiert ist. Im Bereich der Energiepolitik funktioniert unsere repräsentative Demokratie nicht mehr. "Die Frage nach der Atomenergie stellt unsere Demokratie auf den Prüfstand. Sie ist die größte Herausforderung der Menschheitsgeschichte. Nicht die Option auf die Atomenergie ist offen zu halten, sondern die Möglichkeit, unsere Zukunft auch ohne Atomenergie gestalten zu können<sup>17</sup>. Es wird deutlich, daß sich der Protest vieler Bürger zunächst an der Frage "Atomkraftwerke - ja oder nein?" entzündete. Darauf aufbauend ging es zunächst um ein Punkt-Programm, freilich um einen sehr zentralen Punkt, nämlich um den Einsatz für das "Lebens- und Überlebensinteresse" der Menschheit. Weil die gewählten Volksvertreter in den Parlamenten dafür taub zu sein scheinen oder taub waren, wuchs die Verbitterung vieler Bürger. Aus dieser Verbitterung nährte sich die wachsende Kritik an der bestehenden Staatsform der parlamentarischen Demokratie. Die damaligen Parlamentarier tragen selbst einen Großteil der Schuld daran, daß heute diese Kritik so lautstark geworden ist.

Nun aber rollte der grüne Zug unaufhaltsam an. Und alle möglichen Splittergruppen - von extrem rechts bis extrem links -versuchten, auf den fahrenden Zug aufzuspringen und ihre Ideologie innerhalb der grünen Bewegung zu verbreiten.

Während die extremen Rechten - zumindest personell bald abgeschüttelt wurden, gelang es extrem linken Gruppen, sich festzusetzen und schließlich sogar die Oberhand in Programmkommissionen, Führungsgremien usw. zu gewinnen. Dies führte sogar mit Recht dazu, daß manche die GRÜNEN heute nicht mehr für 'grün' halten, sondern für 'bunt' mit deutlicher Verschiebung nach rot -zwar nicht in jedem einzelnen Ortsverband, aber weithin in der Bundes- und Landespolitik.

In der Entstehungsphase hat sicher auch die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger (AUD) eine Rolle gespielt, die schon 1970 unter Führung von August Haußleiter zusammen mit der demokratischen Lebensschutzbewegung ein 'Manifest des Lebensschutzes' erarbeitet hatten, das später weiterentwickelt wurde<sup>18</sup>.

---

<sup>17</sup> zit. ebd. S.67.

<sup>18</sup> vgl. Grupp, Joachim, Abschied von den Grundsätzen? Die GRÜNEN zwischen Koalition und Opposition, Berlin 1986, Berlin 1986, S. 11 ff.

Schon 1974 verabschiedete die AUD ein Programm des 'ökologischen Sozialismus' und es gab Anfänge einer Zusammenarbeit zwischen den damals noch kleinen Bürgerinitiativen und den traditionellen Umweltverbänden. Im Herbst 1977 fand dann in Viotho eine Sitzung statt, zu der sich verschiedene Vertreter von Organisationen und Gruppen trafen, die Interesse an einer Koordinierung der Umweltschutzbewegung hatten:

"Der Grundgedanke war, daß es möglich sein müßte, undogmatische Linke mit Umweltschützern zusammenzubringen, ein Programm zu formulieren und eine Liste mit glaubwürdigen Menschen aufzustellen. Durch weitere Annäherung der unterschiedlichen Positionen zwischen den Vorsitzenden und Vertretern der verschiedenen Listen bzw. Parteien wurde ein gemeinsamer Kongreß in Frankfurt-Sindlingen vorbereitet, auf dem 'sonstige politische Vereinigung' (SPV), DIE GRÜNEN gegründet wurde.

Ein Vorstand mit drei gleichberechtigten Vorsitzenden (Gruhl/ GAZ; HauBleiter/AUD; Nedermeyer /GLU) wurde gewählt, sowie ein Kurzprogramm und eine Kandidatenliste beschlossen. Danach waren im Grunde die Weichen zur Gründung einer Partei gestellt<sup>19</sup>. Am 13. Januar 1980 konstituierten sich die GRÜNEN in Karlsruhe als Bundespartei.

Bereits nach der Konstituierung als Bundespartei fing der innerparteiliche Streit an. Von Anfang an gehörte schon in diesem Zusammenschluß der Spaltpilz, der insbesondere auf den Programmparteitagen in Saarbrücken und Dortmund zu Zerwürfnissen, Austritten (Springmann) und Abspaltungen führte.

Bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 gelang es den GRÜNEN dann als erste aller seit 1949 neu gegründeten Parteien in den Bundestag einzuziehen. Sie erhielten 5,6 % der Zweitstimmen, was ihnen 27 Mandate einbrachte. Angeführt wurde die Fraktion der GRÜNEN zunächst von drei Abgeordneten: Petra Kelly, Marie-Luise Beck-Oberdorf und Otto Schilly. Nach einem Jahr, im April 1984 wurden diese Sprecher "entmachtet" und ein weiblicher Fraktionsvorstand etabliert: Waltraud Schoppe, Antje Vollmer und Annemarie Bergmann. Das war ein Signal für die Frauen. Hauptgrund war aber wohl der Verdacht, der alte Vorstand habe ein Bündnis mit der SPD angestrebt. In der Mitte der Legislaturperiode wurden dann gemäß dem Rotationsprinzip die Abgeordneten der GRÜNEN ausgewechselt und damit auch der Fraktionsvorstand neu bestimmt, der nun wieder paritätisch mit Frauen und Männern besetzt wurde. Die seit der Gründung der GRÜNEN von ihnen bestrittenen Wahlen auf jeglicher Ebene zeigen, daß die GRÜNEN keine bloße Zeiterscheinung sind und sich in der politischen Landschaft der Bundesrepublik fest etabliert haben.

---

<sup>19</sup> vgl. Grupp, Joachim, Abschied von Grundsätzen, a.a.O., S.49.

### 2.3. Der Gang ins Parlament

Wie bereits erwähnt, entschieden sich einige Exponenten der neuen sozialen Bewegung, die von ihnen vertretenen Themen und Forderungen nicht nur im außerparlamentarischen Rahmen zu vertreten, sondern auch im Parlament und deshalb gründeten sie die Partei "DIE GRÜNEN". Dieser Vorgang nannte man später auch "Doppelte Strategie"<sup>20</sup>. Darüber wurde natürlich viel gesagt und gesprochen. Um die Frage nach dem, warum einer Partei und der Notwendigkeit ihres Einzugs ins Parlament beantworten zu können, muß die Begründung der Ideologen und Pioniere der GRÜNEN PARTEI betrachtet werden. Z.B. Der Berliner AL-Abgeordnete Martin Jänicke begründet dies:

"Erstens kann die Alternativ-Bewegung auf diese Weise etwas von der Nachrichtensperre durchbrechen, die anzeigenabhängige Zeitungen und die Sender der etablierten Parteien und Interessenverbände über sie verhängen. Zweitens wird es auf diese Weise möglich, dem Parteiensystem Themen aufzuzwingen, die es lieber ignoriert. Drittens verbessern sich die Arbeitsbewegungen für unterprivilegierte Organisationen wie Bürgerinitiativen und Miederinitiativen. Viertens und vor allem der Bürger erhält die Möglichkeit, auch im Wahlakt seinen politischen Protest zu artikulieren"<sup>21</sup>. Hier wird aber an die Macht kommen oder Regieren nicht erwähnt, was in der Politikwissenschaft als ein Kriterium, Partei zu sein, gilt oder der entscheidende Unterschied zwischen Partei und Interessegruppen ist. Aber nach dem Aspekt der GRÜNEN soll das "Doppelte Strategie" heißen.

In einem Interview mit dem 'Spiegel' äußerte sich auch die führende Politikerin der GRÜNEN, Petra Kelly, über die doppelte Strategie wie folgt:

"Die Parlamente sind für uns ein Ort wie der Marktplatz, wie der Bauplatz, wo wir sprechen können, unsere Standpunkte hineinbringen und Informationen hinaustragen können. Das Parlament ist daher nicht der Ort, der über Nachrüstung entscheidet. Die Entscheidungen sind lange vorher und von anderen programmiert, etwa von Rüstungslobby. Ich möchte, daß eine starke Basisbewegung wie unsere eine Stimme im Parlament hat - aber nicht, um eine Koalition einzugehen und Macht erwarten zu können. Wir wollen ungehindert sprechen können, uns zu Gesetzesvorlagen äußern, auch gewaltfreie Proteste ins Parlament tragen und Entscheidungen transparent machen [ . .. ] wir möchten im

---

<sup>20</sup> Vgl. Monbaur, Martin, „Im Parlament und auf der Straße. Die Doppelstrategie der Grünen Niedersachsen“, in: Mettke, Jörg R., Die GRÜNEN - Regierungspartner von morgen?, Hamburg 1982, S.135.

<sup>21</sup> Zit. Jänicke, Martin, „Parlamentarische Entwarnungseffekte? Zur Ortsbestimmung der Alternativbewegung“, in Mettke, Jörg R., Die GRÜNEN - Regierungspartner von morgen?, a.a.O. S.72 ff.

Parlament und zugleich außerhalb Schwerpunkte durchsetzen. Ich möchte lebenswichtige Fragen, die jetzt entschieden werden müssen, dort angehen und weiterhin den Widerstand auf den Straßen an der Startbahn, auf dem Bauplatz verstärken. Das Parlament ist kein Ziel, sondern Teil einer Strategie. Wir sind die Antipartei-Partei [...]"<sup>22</sup>.

In einer späteren Phase ihres Gesprächs äußerte sie sich auch über ihre Befürchtung, daß die GRÜNEN in den Wahlen plötzlich 13 % kriegen und zur Machterwerbspartei werden, führte sie weiter an, „wir sollten lieber, über sechs und sieben Prozent bleiben und dafür kompromißlos in unseren Grundforderungen, lieber das als Minister stellen“<sup>23</sup>. Hier sieht man auch ganz klar, daß die GRÜNEN sich im Sinne von den etablierten Parteien nicht als Partei betrachten; sie distanzieren sich von den existierenden Parteien und auch von dem parlamentarischen System. Damit wird klar, daß sie nur aus strategischen Gründen die Partei „GRÜNE“ gegründet und auch aus den selben Gründen ins Parlament wollen.

Anna Hallensleben nennt in ihrer Dissertation drei Gründe für die "Parteiwerdung der sozialen Bewegungen" Dafür werden drei Gründe genannt:

- das Engagement und individuelle "Parteiaufbaukonzept" einzelner besonders Aktiver;
- die Wahlkampf-Kostenerstattung;
- die Erkenntnis, daß außerparlamentarische Protestformen für eine konsequent ökologische Politik nicht ausreichend waren und daß umweltschädigende Großvorhaben durch Protest nicht verhindert werden konnten<sup>24</sup>.

### 3. DIE PROGRAMMATIK DER GRÜNEN

Die programmatischen Ideen der GRÜNEN zielen auf eine Abkehr von der Ausbeutung der Natur und des Menschen hin zu einem ökologischen Humanismus; oder mit den Worten Petra Kellys:

---

<sup>22</sup> zit.Mettke, Jörg R.; Degler, Hans-Dieter, "Wir müssen die Etablierten entbloßen, wo wir können", Spiegel-Gespräch mit der Bundesvorsitzenden der Grünen Partei Petra Kelly in: Mettke, Jörg R., Die GRÜNEN... a.a.O. S.30.

<sup>23</sup> vgl. ebd., S.31 ff.

<sup>24</sup> vgl. Hallensleben, Anna, Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?, Göttingen 1984, S.257.

"Was wir anstreben, ist eine Form von ökologisch-selbstverwaltetem emanzipativem Sozialismus - den gab es bisher historisch noch nicht."<sup>25</sup> Ihn will man erreichen, und das ist eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale der Grünen. Nach ihrer Meinung ist das Parlament kein Ziel, sondern nur ein Teil ihrer "Strategie". Sie sagen auch, "wie sind die Antipartei-Partei"<sup>26</sup>. Diese Haltung wirkt sich auch auf die grüne Programmatik aus.

Man hat den grünen Parteien, ganz gleich welcher Art, vorgeworfen, sie hatten nur eine "Ein-Punkt-Programmatik". Von den Anfängen her gesehen (die Vorläufer der grünen Parteien sind die BL) mag das zutreffen. Für die heutige Position der GRÜNEN allerdings stimmt das nicht mehr. Das programmatische Spektrum der Grünen richtet sich, wie das der anderen Parteien auch, auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Das wurde bereits bei den Programmen und Manifesten der Vorläufer der GRÜNEN sichtbar. Ihr Programm enthält Forderungen zur Wirtschaftspolitik, Energiewirtschaft, Produktion, zu Verkehr, Raumordnung, Städte- und Wohnungsbau, Boden, Wasser, Luft, Bildung, Forschung, Verbesserung der Demokratie usw.<sup>27</sup>. Herbert Gruhl dazu in einem Kommentar vor der Gründung der GAZ sagte: "Die Hauptvorstellung für den Erfolg einer Umweltpartei ist jedoch die, daß sie nicht nur eine Umweltpartei sein dürfte. Das könnte sie auch gar nicht bleiben. Da das (falsche) wirtschaftliche Wachstum der Angelpunkt der ganzen Bewegung wäre, müßte schon die gesamte Wirtschaftspolitik aufgegriffen werden. Da die Wirtschaft heute weltweit verflochten ist, geht es nicht ohne Außenpolitik und vor allem Entwicklungspolitik. Wenn also eine neue Partei kommt, dann wird das keine 'Umweltpartei' sein, sondern eine Partei, die sich in alien wichtigen Fragen völlig von den bisherigen unterscheidet."<sup>28</sup> In dieser Hinsicht haben die GRÜNEN vor allem auch zur Arbeitsmarktlage und zur wirtschaftlichen Situation in eigenen Programmen Stellung genommen. Die Landesarbeitsgruppe Wirtschaft der GRÜNEN Nordrhein-Westfalens legte im Oktober 1982 ein Programm "Sinnvolle Arbeit für alle, Konzept gegen Arbeitslosigkeit" vor. Darin wird vorrangig für eine Verkürzung der Arbeitszeit plädiert, insbesondere der Wochenarbeitszeit; weiterhin für alternative Investitionen.

Diesem Aktionsprogramm folgte ein Bundesaktionsprogramm gegen Arbeitslosigkeit und sozialabbau unter dem Titel: "Sinn voll arbeiten - solidarisch leben", verabschiedet auf der Bundesdelegiertenversammlung am 15./16.Januar 1983 in Stuttgart-Sindelfingen. Wie es in der Einleitung heißt,

---

<sup>25</sup> Mettke, Jörg R., Degler, H.-D.: Gespräch mit P.K.Kelly, in: Mettke, Jörg R., Die Grünen ..., a.a.O., S.35.

<sup>26</sup> ebd., S.30-32.

<sup>27</sup> siehe: Die Grünen, das Bundesprogramm, Bonn 1980.

<sup>28</sup> zit.: Olzog, Günter, Liese, Hans-J., Die Politischen Parteien, a.a.O., S.145 und auch siehe: Beckenbach, Frank u.a. Grüne Wirtschaftspolitik. Machbare Utopien, Köln 1985.

handelt es sich dabei nicht um ein Wirtschaftsprogramm der GRÜNEN, sondern um ein "Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau", ebenfalls mit detaillierten Vorschlägen für die Finanzierung der geforderten Maßnahmen. Maßgebend für die programmatischen Aussagen der GRÜNEN ist das Bundesprogramm.

"Dieses Programm, so heißt es als Anmerkung, "schreibt den jetzigen Diskussionsstand der GRÜNEN auf Bundesebene fort. Nach unserem basisdemokratischen Verständnis wird die Programm Diskussion von allen Mitgliedern laufend fortgesetzt, orientiert an neuen Erkenntnissen und Erfahrungen aus der Praxis. Die Grundwerte der GRÜNEN - ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei - sind dem Paradigma der "neuen Politik"<sup>29</sup> entsprungen.

Die GRÜNEN verstehen sich als "Alternative" "zur eindimensionalen Produktionssteigerungspolitik" der etablierten Parteien. Laut Parteiprogramm der GRÜNEN ist ein volliger Umbruch des kurzfristig orientierten Zweckdenkens notwendig. Sie halten es für einen Irrtum, daß die jetzige Verschwendungswirtschaft das Glück und die Lebenserfüllung fördere; im Gegenteil, die Menschen würden immer gehetzter und unfreier. Erst in dem Maße, wie wir uns von der Überschätzung des materiellen Lebensstandards freimachen, wie wir wieder die Selbstverwirklichung ermöglichen und uns wieder auf die Grenzen unserer Natur besinnen, werden auch die schöpferischen Kräfte frei werden für die Neugestaltung eines Lebens auf ökologischer Basis<sup>30</sup>. Zur Erreichung dieser Ziele bedarf es vier neuer ethischer Grundsätze: ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Ihren gemeinsamen Nenner haben sie in zwei Programmsäulen definiert: ökologisch und sozial für das, was sie wollen, basisdemokratisch und gewaltfrei für das, wie sie es wollen.

### **3.1. Ökologisch**

Ökologische Politik wendet sich gegen den "Raubbau an Naturgütern und Rohstoffen sowie zerstörerische Eingriffe in die Kreisläufe der Naturhaushalte" und tritt für eine "Partnerschaft" von Mensch und Natur ein. "Sie gelingt am besten in selbstbestimmten, selbstversorgenden, überschaubaren Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten." Um dies durchzusetzen, müsse zuerst die Absage an ein konkurrenzbestimmtes Leistungs- und Hierarchiedenken erteilt werden<sup>31</sup>.

---

<sup>29</sup> Vgl. Die Grünen, Das Bundesprogramm, a.a.O., S.4.

<sup>30</sup> Vgl. Hallensleben, Anna: Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?, a.a.O., S.257.

<sup>31</sup> Vgl. Die Grünen, Das Bundesprogramm, a.a.O., S.5.

### **3.2. Sozial**

"Nur durch eine Selbstbestimmung der Betroffenen kann der ökologischen, ökonomischen und sozialen Krise entgegengetreten werden." Nur so kann der "realen Verarmung", die insbesondere die einkommensschwachen Teile der Bevölkerung trifft, Einhalt geboten werden. "Sowohl aus der Wettbewerbswirtschaft als auch aus der Konzentration wirtschaftlicher Macht in Staats- und privatkapitalistischen Monopolen gehen jene ausbeuterischen Wachstumszwänge hervor, in deren Folge die völlige Verseuchung und Verwüstung der menschlichen Lebensbasis droht. Hier genau verbinden sich die Umwelt- und Ökologiebewegung mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Deshalb treten wir gemeinsam für humane Arbeitsbedingungen ein."<sup>32</sup>

### **3.3. Gewaltfrei**

Nach Meinung der GRÜNEN soll man eine gewaltfreie Gesellschaft anstreben, in der die Unterdrückung von Menschen durch den Menschen aufgehoben ist. Der oberste Grundsatz der GRÜNEN heißt, daß humane Ziele nicht mit inhumanen Mitteln erreicht werden können. Gewaltfreiheit bedeutet für die GRÜNEN auf internationaler Ebene eine "Aktive Friedenspolitik"<sup>33</sup>.

### **3.4. Basisdemokratisch**

Vor dem Hintergrund der aktuellen Notwendigkeiten der parlamentarischen Mehrheitsbildung gewinnt unter diesen vier Orientierungsblöcken das Konzept "Basisdemokratie" besonderes Interesse.

Das ist der dritte Grundwert der GRÜNEN; er ist insbesondere gegen das innerparteiliche Demokratieverständnis der etablierten Parteien gerichtet. Den erstarrten und übermächtigen Parlamentsparteien soll die Basisdemokratie entgegengesetzt werden. Nach der Vorstellung der GRÜNEN habe sich der Bundestag als Repräsentationsorgan des Volkes verselbständigt und sei zum Herrschaftsorgan der staatlichen Interessen geworden. Die dort vertretenen Abgeordneten handelten wie gehorsame Mitglieder von Parteien, deren Führungsgremien sie zu hochgradiger Partei- und Fraktionsdisziplin anhielten. Die Parteien seien als Volksparteien zu unbeweglichen und unsensiblen Großunternehmen geworden, die ihre eigenen Herrschaftsinteressen an die Stelle der wahren Interessen der Bürger gesetzt hatten. Deswegen gabe es keine

---

<sup>32</sup> Vgl. ebd. S.8.

<sup>33</sup> Vgl. Die Grünen, Das Bundesprogramm, a.a.O., S.5 u.18 ff.

Opposition mehr, die als eine Gegenmacht die Regierung kontrollieren sollte<sup>34</sup>. Diesen Verselbständigungstendenzen solle mit basisdemokratischer Politik, die der Entscheidung von unten (Basis) prinzipiell Vorrang einräumt, begegnet werden.

Im Bundesprogramm der GRÜNEN von 1980 heißt es: "Basisdemokratische Politik bedeutet verstärkte Verwirklichung dezentraler, direkter Demokratie ..., daß der Entscheidung der Basis prinzipiell Vorrang eingeräumt werden muß. Überschaubare, dezentrale Einheiten (Ortsebene, Kreisebene) erhalten weitgehende Autonomie und Selbstverwaltungsrechte zugestanden<sup>35</sup>. Hiermit wird eine regelrechte Reform der politischen Machtstruktur gefordert. Nicht nur andere Träger der Macht sollen her, sondern eine andere Machtverteilung. Die Politik der GRÜNEN soll nicht nur durch die Basis unterstützt werden, sondern es soll sich um eine autokratische Politik der Basis selbst handeln.

Basisdemokratie in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Entsprechend ihrer Analyse, daß "es starke Tendenzen zu einem autoritären Maßnahmen- und Überwachungsstaat gibt", fordern die GRÜNEN zunächst die "Aufhebung der staatlichen Eingriffe in die gesetzlich gesicherten Rechte der Meinungsfreiheit: Streichung von §§ 88a ("Gewaltbefürwortung"), 90a ("Staatsverunglimpfung") sowie 130a ("politische Zensur") des Strafgesetzbuches", da nach Auffassung der GRÜNEN diese Bestimmungen zur Ausgrenzung mißliebiger Meinungen fehlangewendet werden. An ihre Stelle soll "die Möglichkeit der unzensurierten Selbstdarstellung von Minderheiten und kritischen Meinungen in den Medien" treten. Den Ordnungskräften sollen Handhaben entzogen werden, die das Versammlungs- und Demonstrationsrecht beeinträchtigen. Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung sollen verboten werden, und die Polizei soll keine Schußwaffen mehr tragen<sup>36</sup>.

Alle derartigen Forderungen hängen sehr eng mit den Erfahrungen mancher Bürgerinitiativen und insbesondere der Bewegung gegen Atomkraftwerke zusammen<sup>37</sup>.

Des weiteren möchten die GRÜNEN den Föderalismus stärken (mehr Finanzmittel in Regionen, Kommunen und Stadtteilen zu Lasten von Bundes- und Landesmitteln). Vor allem soll auch für eine "rechtzeitige und verständliche Information des Bürgers über alle Verwaltungsmaßnahmen" gesorgt werden. Als

---

<sup>34</sup> Vgl. ebd. S.28 ff.

<sup>35</sup> Vgl. ebd., S.5.

<sup>36</sup> Vgl. ebd., S.28, 29 und 31.

<sup>37</sup> Vgl. Huber, Josef, „Basisdemokratie und Parlamentarismus“, in: Kraushaar, Wolfgang: Was sollen die Grünen im Parlament?, Frankfurt am Main 1983, S.72.

weitere einzuführende Maßnahme fordern sie, was ebenfalls ein unmittelbarer Ausfluß der Bürgerinitiativenbewegung ist, "daß durch verstärkte Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung in regionalen, landesweiten und bundesweiten Volksabstimmungen Elemente direkter Demokratie zur Lösung lebenswichtiger Planungen eingeführt werden"<sup>38</sup>.

Innerparteiliche Basisdemokratie:

Die GRÜNEN verstehen sich als "eine Parteiorganisation neuen Typs". Deren Kerngedanke ist "ständige Kontrolle aller Amts- und Mandatsinhaber und Institutionen durch die Basis und die jederzeitige Ablosbarkeit, [...] um der Loslösung einzelner von ihrer Basis entgegenzuwirken"<sup>39</sup>. Dazu sollen folgende Regeln dienen:

1. Mitgliederoffenheit ausnahmslos aller Gremien und Sitzungen.
2. Imperatives Mandat von Abgeordneten durch Mitgliederversammlungen der Partei.
3. Rotation aller politischen Ämter, in der Regel zwei bis sechs Jahre, wobei meist eine einmalige Wiederwahl möglich sein soll.
4. Keine Ämterhäufung, besonders nicht gleichzeitige Wahrnehmung von Parteiamt und Abgeordnetenmandat, oder von Parteivorstandsamtern auf Landes- und Kreisebene zugleich.
5. Ehrenamtlichkeit aller politischen Ämter.
6. Minderheitenschutz in der Partei, insbesondere soll möglichst nach Konsensbildung und nicht mechanisch nach Mehrheitsbeschluß oder gar Kampfabstimmung vorgegangen werden.

#### **4. DIE MERKMALE DER GRÜNEN**

##### **4.1. Allgemein**

Es muß von vornherein festgehalten werden, daß keine andere Partei in der Bundesrepublik sich so wenig als Partei im herkömmlichen Sinn versteht wie die GRÜNEN. Sie sehen sich als "Antipartei-Partei" (P.Kelly), als Opposition gleichzeitig innerhalb wie außerhalb der Parlamente, wobei der außerparlamentarische Bereich (sie sogenannte "Basis") das Fundament, das "Standbein" der Bewegung bildet.

---

<sup>38</sup> Vgl. Die Grünen, Das Bundesprogramm, a.a.O., S.5.

<sup>39</sup> Vgl. ebd.

Zweitens umfaßt keine andere Partei in der Bundesrepublik ein so breites Spektrum an verschiedenen Gruppen, Grüppchen und Meinungen wie die GRÜNEN, besonders in ihrer Gründungszeit.

Bei der Betrachtung des Verhältnisses der heutigen GRÜNEN zu den etablierten Parteien muß man ins Kalkül ziehen, daß die GRÜNEN nicht als einheitlicher Block betrachtet werden können. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz vom November 1982 in Hagen traten in den Diskussionen zwei Richtungen zutage, die innerhalb der GRÜNEN bestimmend sind: Der reformistische Flügel ("Realos") setzt sich für konkrete Maßnahmen zur Überwindung von Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung ein, mit Vorschlägen, die der Gewerkschaftsbewegung nahestehen. Dabei stützt sich dieser Flügel auf ein von der Bundesarbeitsgemeinschaft erarbeitetes Programmpapier (siehe Programmatik).

Diesem Flügel steht die Fundamentalopposition ("Fundamentalisten"), getragen u.a. von Rudolf Bahro (der nach der Hagener Bundesversammlung im Juni 1985 seinen Austritt aus der Partei erklärt hat), gegenüber; ihre Forderung richtet sich auf eine Überwindung der industriellen Wachstumsgesellschaft. Die stärkere Position innerhalb der Bundespartei hatte anfangs offensichtlich der reformistische Flügel. Auf der Delegiertenkonferenz in Hagen erklärten sich die GRÜNEN bereit, auch politische Verantwortung für die Durchsetzung ihrer Vorstellungen zu übernehmen und sich an der Bundestagswahl 1983 zu beteiligen. Dabei forderte man die "etablierten" Parteien zu öffentlichen Gesprächen auf, um festzustellen, "ob die Durchsetzung überlebenswichtiger Ziele durch Tolerierung einer Regierung möglich ist"<sup>40</sup>

Andere Akzente wurden dann auf dem Strategiekongreß der GRÜNEN am 5. Juni 1983 in Hannover gesetzt. Rudolf Bahro forderte eine Abkehr von der Linksideologie wie von der SPD, hin zu den Wählerschichten der Konservativen, die man mit einer neuen Ideologie gewinnen sollte. Die "Linksmeinung" vertrat auf diesem Kongreß Rainer Trampert, einer der drei Sprecher des Bundesvorstandes. Er wandte sich gegen Bahros Forderung nach einem solchen wertkonservativen Wandel, plädierte aber auch nicht für ein Zusammengehen mit der SPD, sondern für eine stärkere Profilierung gegenüber den Sozialdemokraten, vor allem, was die Opposition gegenüber der CDU/CSU angehe.

Die Bundesversammlung der GRÜNEN hat sich dann schließlich im Dezember 1984 in Hamburg entschlossen, die Bündnisfrage dahingehend offenzuhalten, daß die Landesverbände selbst über Bündnisse mit der SPD entscheiden sollten. Im Sinne dieses Beschlusses haben z.B. die GRÜNEN im

---

<sup>40</sup> Zit. "Die Grünen stellen sich zur Wahl", SZ vom 15.1.1982.

Saarland Oskar Lafontaine eine eindeutige Absage erteilt. In Nordrhein-Westfalen dagegen haben die GRÜNEN, nach der Schlappe im Saarland, einen Schwenk zur SPD hin vollzogen.

Die letzte Standortbestimmung der GRÜNEN erfolgte auf der Hagener Bundesversammlung im Juni 1985. Die für die Entwicklung der GRÜNEN wichtigsten Ergebnisse kann man wie folgt zusammenfassen:

1. Die Partei erkennt, daß sie kein gemeinsames Grundkonzept verbindet. Es wird daher beschlossen, zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1987 eine Strukturkommission sowie eine Programm- und eine Wahlkampfkommission einzusetzen. Dabei soll die Strukturkommission in erster Linie die Arbeit der innerparteilichen Gremien neu bestimmen und u.a. die Frage der Rotation und der bisher praktizierten Trennung von Amt und Mandat prüfen. Die Programmkommission soll rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl ein Wahlprogramm vorlegen.

2. Die beiden Flügel der Partei, die "Realos" und "Fundis" bleiben bestehen; die Programmarbeit soll beiden Flügeln dienlich sein.

3. Die GRÜNEN befürworten eine Zusammenarbeit mit der SPD, wenn gleichzeitig damit die SPD zu einer einschneidenden Kursänderung bereit sei<sup>41</sup>.

Die beiden Flügel der GRÜNEN sind in sich auch wieder zum Teil uneinheitlich: Bei den „Fundis“ unterscheiden sich die „Radikal-Ökologen“ streng von den „Öko-Sozialisten“, die in der Mitte zwischen „Fundis“ und „Realos“ stehen. Die unterschiedlichen Richtungen innerhalb der Flügel treten jedoch nach außen gegenüber der Polarisierung zwischen den Hauptströmungen der „Fundis“ und „Realos“ zurück. Um die Kluft zwischen beiden zu überbrücken, formierte sich innerhalb der Fraktion der GRÜNEN im Mai 1987 mit der Gruppe der unabhängigen ein „Dritter Flügel“, um die Kluft zu überbrücken, die sich nach der Wahl des Öko-Sozialisten Thomas Eberman zu einem von drei gleichberechtigten Fraktionsprechern und -sprecherinnen vor allem aus der Sicht des bei der Wahl unterlegenen Realos Schily erneut verschärft hatte, aber auch durch die beiden Schläppen bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein wo es den GRÜNEN, die in Bremen ihren Stimmenanteil und ihre Mandate verdoppeln und drittstärkste Partei werden konnten, nicht gelang, in den Landtag einzuziehen.

#### **4.2. Die organisatorischen Besonderheiten**

Die GRÜNEN verstehen sich als grundlegende Alternative zu den herkömmlichen Parteien. Das trifft auch für ihre Organisation zu, die in wesentlichen Teilen von der anderen Parteien abweicht.

---

<sup>41</sup> Vgl. Grupp, Joachim: Abschied von den Grundsätzen? Die Grünen ..., a.a.O., S.97 ff.

Da ist vor allem das Rotationsprinzip zu nennen, das sowohl für die Mitglieder des Bundesvorstandes wie für alle gewählten Abgeordneten gilt. Die 11 Mitglieder des Bundesvorstandes werden nach dem rotierende System ausgewählt. Die Hälfte der Vorstandmitglieder ist dem nach jedes Jahr neuer zu wählen, wobei eine Wiederwahl in das gleiche Amt einmal möglich ist; danach scheidet das Vorstandmitglied obligatorisch bis zur nächsten Wahl aus.

Vor allem aber unterscheiden sich die GRÜNEN von allen anderen Parteien durch ihre Auffassung vom politischen Mandat. Laut Grundgesetz sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages "Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nichtgebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen"<sup>42</sup>. Die GRÜNEN dagegen bekennen sich zum "imparativen Mandat". Nach den Beschlüssen der Bundesversammlung 1983 in Sindelfingen will man das mit drei Schritten erreichen:

1. Durch Bindung der Abgeordneten an Parteibeschlüsse. So lautet einer der in Sindelfingen gefaßten Beschlüsse: "Die Grünen im Bundestag sind an die Beschlüsse der Bundesversammlung und des Bundeshauptausschusses gebunden."

2. Durch das Prinzip der "Rotation". Grüne Abgeordnete sollen ein politisches Amt nur eine begrenzte Zeit (2 Jahre) ausüben, dann sollen sie an die Basis der Partei zurückkehren. Dem abgelösten Abgeordneten folgen die jeweils nächsten Listenkandidaten, die im Parlament tätig sind, um sich mit den dortigen Vorgängen vertraut zu machen.

3. Die Bezahlung der Abgeordneten: Monatlich soll der Grüne Abgeordnete als "Grunddiät" 1950.- DM behalten dürfen.

Ein weiteres organisatorisches Wesensmerkmal der GRÜNEN ist die sogenannte "Basisdemokratie", die durch eine dezentrale Parteigliederung erreicht werden soll. In diesem Sinne räumt die Satzung des Orts-, Kreis- und Landesverbänden größtmögliche Autonomie ein; sie haben Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Programm und Satzung dürfen den programmatischen Grundsätzen und Zielen der Partei nicht widersprechen. Auch das Rotationsprinzip gilt als basisdemokratisches Instrument, mit dem verhindert werden soll, daß sich die Grünen Parlamentarier von der Basis ablösen. Das gilt auch für die Abgeordneten in Straßburg.

## 5. SCHLUSSWORT

Inhaltliche Heterogenität und Widersprüchlichkeit des bunten Potentials, die teilweise vorhandenen irrationalen und subjektiven Tendenzen machen es

---

<sup>42</sup> Zit. Grundgesetz Artikel 38.

schwer, allgemein gültige Schlußfolgerungen zu ziehen oder gar zu wägen und Prognosen abzugeben. Dies und die programmatischen Änderungen der heutigen GRÜNEN belegen folgende Zitate: "In diesem Wettlauf der Realo-Abteilungen um die Hoffähigkeit für die SPD spielen neben den Hessen-Grünen die Bayern wieder die Vorreiterrolle. Die Forderung nach dem Austritt aus der NATO fehlt neuerdings einfach im Landesprogramm. In der Frage der Abtreibung und des § 218 unterscheidet man sich dort nur noch graduell von Papst und CSU, und die Marktwirtschaft ist im bayrischen Programm inzwischen zur besten - wenn auch zu verbessernden aller Wirtschaftsformen avanciert"<sup>43</sup>.

Die "taz" über den Hagener Parteitag (bissiger hätten auch die "WELT" oder "FAZ" nicht schreiben können): "Daß diese Grünen Schwierigkeiten mit der Logik haben, laßt sich ja noch ertragen, aber nun schicken sie sich auch noch an, das Fäld der Ökonomie zu erobern. Nachdem die verschiedenen Positionen über Wirtschaftspapier durch die 'Grus, Grus', so nennt die Basis jene Leute, die das eine oder andere Buch gelesen haben und die sich ein paar Gedanken machen, bevor sie in ein Mikrophon sprechen, dargestellt worden waren, meldeten sich jene zu Wort, die meinten, daß es ausreicht, wenn man Ökonomie buchstabieren kann, um sich an einer wirtschaftlichen Debatte zu beteiligen"<sup>44</sup>.

Aus dem Prinzip der Basisdemokratie entstandene Probleme haben die Partei so in Aufruhr gebracht, daß sie sich zu einigen ihrer wesentlichsten Diskussionsthemen entwickelten und auf jeden Fall eine Reform bedingten. So wurden folgende Vorschläge erarbeitet: satzungsmäßige Selbstbeschränkung aller Parteigremien, Abschaffung des Rotationsprinzips, Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat sowie eine Professionalisierung der Partei, um so ein Gegengewicht zu den "übermächtigen Fraktionen" auf Bundes- und Landesebene zu schaffen. Und diese Reformvorschläge wurden und werden auch von den Realos, um weiter existieren zu können, unterstützt.

Wenn aber all das, was sowohl die programmatische als auch die organisatorische Seele der GRÜNEN ausmachte bzw. noch ausmacht, aufgegeben wird oder werden sollte, ist die berechnete Frage zu bestellen, was ist übrig geblieben von dem, was "Grün" war, wo die Originalität, Eigenart und die Alternative bleiben. Es ist zur Zeit die Sackgasse der GRÜNEN, die darin besteht, ihre Ideale, Hoffnungen und Identität aufgeben zu müssen als Preis für eine angebliche Salonfähigkeit.

Ob das mit der Schwierigkeit zusammenhängt, die einer Theorie bei ihrer Realisierung üblicherweise widerfährt, oder eine Utopie der GRÜNEN, ein

---

<sup>43</sup> Zit. Grupp, Joachim: Abschied von den Grundsätzen? Die Grunen ..., a.a.O., S.103.

<sup>44</sup> Zit. Weinberger, Marie Luise: Aufbruch zu neuen Ufern? Grünen-Alternativen ..., a.a.O., S.122.

„grünes Paradies“ zu bauen, den harten Tatsachen der Realitäten nicht standhalten könnte, ist ohne Relevanz bei der Feststellung folgender Bilanz:

1. Die Mechanismen des herrschenden Parlamentarismus wirken auch auf radikale Parteien integrativ und diktieren weiterhin die Spielregeln. Hier wird also eine Partei mit dem Anspruch auf Systemveränderung vor die Alternative gestellt, entweder eine Adaptation in das bestehende politische System oder eine Isolation im Sinne des Aussterbens vorzunehmen.

2. Es ist den GRÜNEN gelungen, ihr ursprüngliches Ziel zu erreichen, durch ihren Protest und ihre Aktion Defizite und Mängel der etablierten Politik einer entwickelten Industriegesellschaft an das Tageslicht zu bringen, und sie erreichte, die Öffentlichkeit in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen wie Umwelt, Frieden oder Benachteiligung der Frauen zu sensibilisieren und/oder zu mobilisieren. Es ist das grüne Verdienst, die bundesrepublikanische Öffentlichkeit und Parteienlandschaft "begrünt" zu haben.